

Sozialismus und Sozialdemokratie. II.

Autor(en): **Lauterbach, Albert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **57 (1978)**

Heft 9

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347567>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sozialismus und Sozialdemokratie (II)*

Wirtschaftskontrollen

Die vorhin erwähnten Formen der Sozialpartnerschaft könnten als eine Methode sozialer Kontrolle über das Wirtschaftsleben ausgedeutet werden, aber dies würde offenkundig das Problem der Kontrollmethoden keineswegs ausschöpfen. Sozialdemokratische (und manche anderen) Parteien und Regierungen haben sich in einer allgemeinen Weise zu solchen Kontrollen längst bekannt. Wenn öffentliches Eigentum an allen Produktionsmitteln nicht mehr das wesentliche Kennzeichen und die Methode des demokratischen Sozialismus darstellt, dann drängt sich eine systematische Neuprüfung des gesamten Problemgebietes von Kontrolle, Eigentum und Planung auf.

Im besonderen steht man dabei folgenden Fragen gegenüber: Erstens, in welchem Ausmass besteht Einigkeit über die Notwendigkeit einer Gesamtplanung sowohl im streng ökonomischen wie auch im breiteren sozialen Sinn einschliesslich einer Umweltplanung? Zweitens, inwiefern erfordert eine solche Gesamtplanung entweder eine Nationalisierung (Verstaatlichung) oder eine – demokratischer gegliederte – Sozialisierung bestimmter Arten von Produktionsmitteln? Drittens, besteht Einigkeit über die Anwendung entweder von Nationalisierung oder Sozialisierung als einer Methode öffentlicher Kontrolle unter vielen, anstatt eines alles umfassenden Prinzips? Viertens, in welcher Weise kann die Privatwirtschaft in eine öffentliche Allgemeinplanung eingegliedert werden? Fünftens, wie kann eine wirksame Konsumentenvertretung und darüber hinaus eine Teilnahme der breiten Masse am Prozess öffentlicher Kontrolle und Planung erzielt werden und inwieweit können dabei genossenschaftliche Organisationen mithelfen? Sechstens, wie kann in Anbetracht der wachsenden gegenseitigen Abhängigkeit der verschiedenen Volkswirtschaften eine internationale Integration der öffentlichen Kontrollen und Pläne vieler Länder – zumindest derjenigen, die von Sozialdemokraten regiert oder stark beeinflusst werden – erzielt werden und wie soll sie aufgebaut sein, um sich mit den multinationalen Riesenunternehmen messen zu können?

Soweit es systematisches Denken über diese Fragen gegeben hat, scheint nunmehr weitgehende Übereinstimmung darüber zu bestehen, dass eine Verstaatlichung, ihrem Wesen nach, an sich noch nicht sozialistisch oder auch nur fortschrittlich ist, wenngleich sie es in einem gegebenen Fall durchaus sein kann. Dies hängt vor allem davon ab, welche Gesellschaftsgruppen und -kräfte den nationalisierenden Staat kontrollieren; besonders

*vgl. Profil 7/8 78

⁵ Thomas Lachs: «Wirtschaftspartnerschaft in Österreich» (Wien 1976) und «Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft», 1974/3.

davon, in welchem Ausmass ihn entweder das Grossunternehmertum oder eine kollektive, vielleicht autoritäre Bürokratie beherrschen. Anscheinend besteht weniger Übereinstimmung über das wünschenswerte Ausmass an Sozialisierung und Sozialeigentum; diese unterscheiden sich von der Nationalisierung in der Verfügbarkeit und Wirksamkeit demokratischer Kontrollen über die Unternehmen öffentlichen Eigentums, einschliesslich einer wirksamen Rolle der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen in der Geschäftsführung. Ein weites Ausmass von Sozialisierung und Planung innerhalb eines Systems der wirtschaftlichen Selbstbestimmung ist im langfristigen Programm der Sozialistischen Partei Belgiens vom November 1974 enthalten.

Ein merklicher Wandel ist in dem vorausgesetzten Verhältnis zwischen Sozialismus und Proletariat eingetreten. Nicht mehr besteht ein unkritischer Glaube, dass der Kapitalismus automatisch aus Proletariern Sozialisten mache und dass diese durch den Zwang der Geschichte mit einem natürlichen Verständnis für kollektives Eigentum und Planung und mit einer entsprechenden Motivierung ausgestattet sind. Man hat auch zunehmend erkannt, dass eine «neue Arbeiterklasse» entstanden ist, bestehend aus Technikern und hochgeschulten Arbeitern, deren wirtschaftlicher und psychologischer Hintergrund sich stark von dem der Marxschen Proletarier unterscheidet. Umgekehrt haben verelendete und zurückgesetzte Gruppen, soweit sie in den Industriegesellschaften unserer Periode vorhanden sind, oft mehr mit einem Lumpenproletariat gemeinsam als mit der klassenbewussten Arbeiterklasse, die Marx im Sinne hatte. Alle diese Erwägungen sind von grosser Bedeutung, wenn sozialdemokratische Parteien spezifischen sozioökonomischen Aufgaben, wie Beschäftigung, Umwelt und Agrarstruktur, gegenüberstehen.

Beschäftigung, Umwelt und Landwirtschaft

Innerhalb der allgemeinen Problematik der sozialökonomischen Kontrolle und Planung haben drei Aufgabenkreise den sozialdemokratischen Bewegungen und auch manchen anderen eine besondere Herausforderung geboten. Einer davon ist die Landwirtschaft, nicht nur im Sinne notwendiger Verbesserungen in der Technologie und Produktivität wie auch in ländlicher Wohnpolitik und anderen Hilfen an landarme und von Märkten entfernt lebende Bauern, sondern auch im Sinne der Durchführung von Bodenreformen, wo immer sie mit den Erfordernissen der Zeit nicht Schritt gehalten haben, besonders der Beseitigung von Überresten feudaler Güter und der Besitzrechte abwesender Gutsherren. Gerade weil die Bauern in vielen Ländern einen abnehmenden Anteil an der Gesamtbevölkerung aufweisen, sind Agrarpolitik und Bodenreform von besonderer Bedeutung.

Ein zweites Sondergebiet notwendiger Aktion betrifft die Beschäftigungspolitik. Aus dem Osten kommen immer wieder Behauptungen, dass

bloss eine totalitäre Zentralplanung die Arbeitslosigkeit abschaffen könne und dass dies tatsächlich dort gelungen sei. Dieselben Regimes behaupten auch, dass kein «kapitalistisches» (und das ist für sie jedes nichtkommunistische) System jemals mit der Arbeitslosigkeit fertig werden könne. Wir können hier nicht systematisch auf die Frage eingehen, ob oder in welchem Sinne die Ostländer wirklich die Arbeitslosigkeit beseitigt haben. Sicher ist auf jeden Fall, dass Jugoslawien seit Jahren seine Arbeitslosen nach Ländern mit einer «kapitalistischen» Wirtschaft exportiert und dass in anderen Ostländern das scheinbare Heilmittel durch verschiedene Formen von Zwangsarbeit gefunden worden ist oder auch durch die altmodische kapitalistische Methode sehr niedriger individueller Entlohnung vieler der beschäftigten Arbeitnehmer. Eine Herausforderung für demokratische Sozialisten ist es, wie man eine Politik entwerfen und durchführen kann, die die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung erfolgreich anpackt, ohne Zwangsarbeit oder einen unerträglichen Druck auf die Realeinkommen, die Arbeitsbedingungen und die persönlichen Freiheiten anzuwenden.

Das dritte Aktionsgebiet, dessen sich bis vor wenigen Jahren die meisten Sozialdemokraten ebensowenig bewusst waren wie die Kommunisten, die Konservativen und die Anhänger einer freien Marktwirtschaft, bezieht sich auf die Umweltplanung. Während der letzten Jahre sind allerdings Kassandrarufe über schleichende, wenn nicht galoppierende Zerstörung von Umweltshilfsquellen sehr häufig geworden, vom Baikalsee bis zum Michigansee, und die verschiedensten Gruppen und Parteien verlangen jetzt eine Umweltplanung irgendeiner Art. Jedenfalls kann sie nicht sehr gut von einem Programm gesellschaftlicher Kontrolle des Wirtschaftslebens ausgeschlossen werden. Demokratische Sozialisten sehen sich der Aufgabe gegenüber, eine Umweltpolitik zu entwerfen, die in eine sozialökonomische Planung im allgemeinen integriert ist, einen ausgewogenen Kurs zwischen wirtschaftlicher Stagnation auf Kosten der ärmeren Schichten und einem ungezügelter Wachstum auf Grundlage eines endlos steigenden Konsums steuert und dabei alle wesentlichen Freiheiten erhält. Dies könnte voraussichtlich einen weiten Raum für private Entschlusskraft innerhalb einer systematischen Umweltpolitik der öffentlichen Stellen einschliessen.

Internationalismus — welcher Art?

Sowohl die Schwierigkeit wie die Wichtigkeit einer internationalen Integration einzelstaatlicher Wirtschaftskontrollen, besonders derjenigen über multinationale Unternehmen, ist mehr als einmal hervorgehoben worden. Dies trifft auch für die vorhin diskutierten Aufgaben der Beschäftigungs-, Boden- und Umweltpolitik zu. Geschichtlich haben demokratische Sozialisten sich seit langem zu einer internationalen Geisteshaltung bekannt, die eine solche Integrierung einzelstaatlicher Massnahmen fördern sollte. Auf der Ebene der Praxis sind jedoch die Erfahrungen weit weniger überzeugend gewesen; Patriotismus, wenn nicht nationalistische Eigensucht,

gewann die Oberhand nicht nur in den entscheidenden Tagen von 1914, sondern auch bei vielen spätern Anlässen.

Die Sozialistische Internationale ist ihrem Wesen nach eine Diskussionsgemeinschaft sozialdemokratischer Parteien aus Westeuropa geblieben. Neben anderen Fragen von Bedeutung hat sich die Haltung der verschiedenen Parteien gegenüber dem östlichen «Sozialismus» von einem Land zum anderen unterschieden und ebensowenig gibt es eine einheitliche Politik gegenüber dem russisch-chinesischen Konflikt. Eine gemeinsame Politik sozialdemokratischer Regierungen gegenüber den multinationalen Unternehmen ist wohl diskutiert, aber bisher nicht in Kraft gesetzt worden. Bestehende oder erwartete Regierungsverantwortung innerhalb des Staates blieb die beherrschende Triebkraft.

Nicht zuletzt ist die geschichtliche Verzögerung beim Verständnis der Sozialdemokraten in den Industrieländern für die Natur der Entwicklungsaspirationen und sozialen Bewegungen der verelendeten Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und für ihre – noch so unzulänglich definierten – Ideen über Abhängigkeit, Imperialismus, Industrialisierung, Bodenreform, autoritäre Herrschaft, Revolution und nicht zuletzt Sozialismus nur zum Teil gutgemacht worden und oft ohne tiefere Durchdringung des Problems.

Auch beim damit verknüpften Problemkreis der multinationalen Unternehmen und seinen Auswirkungen auf die internationalen Aspekte des demokratischen Sozialismus ist die Diskussion nur langsam vorwärtsgekommen. Zunächst waren die Gewerkschaften in jedem einzelnen Lande durch die plötzliche Entdeckung der multinationalen Macht überrascht worden, die Produktion aus einem Gebiet hoher Löhne oder häufiger Streiks in ein anderes mit «gelehrigeren» Arbeitskräften zu verlegen, knappe Güterlieferungen zwischen den Verbraucherländern umzuverteilen, politische Umgruppierungen und Regimewechsel durchzuführen und so weiter. Ebenso überrascht und in mehr als einer Weise umgangen fanden sich sozialdemokratische Bewegungen durch dieses Phänomen. Sie setzten ihren Kampf gegen den «Kapitalismus» in jedem einzelnen Land fort, als ob sich nichts geändert hätte. In Wirklichkeit war das Wirtschaftssystem der Herrschaft einer kleinen Zahl multinationaler Unternehmen erlegen, die miteinander und auch mit internationalen Banken und mit vielen Regierungen verflochten waren – indirekt sogar mit den kommunistischen, die von den Multinationalen Industrieanlagen, Bauleistungen und technische Beraterdienste kaufen.

Eine unvorhergesehene Art von scheinbarer Konvergenz verschiedenartiger Wirtschaftssysteme hat damit hinter dem Rücken der sozialdemokratischen Bewegungen begonnen, und dies kann einer von mehreren Gründen für ihr Unbehagen selbst nach Wahlerfolgen sein: Die jüngere Generation zumindest stellt sich Fragen, ob nicht ihre Bewegung irrelevant geworden sei. Zum Teil erstrecken sich solche Zweifel sogar auf sozialde-

mokratische Regierungen, ja alle Regierungen von Einzelstaaten, angesichts des Mangels einer internationalen Zusammenarbeit zwecks einer Kontrolle der multinationalen Unternehmen. In mehr als einem Fall sind es diese, die die Staatsregierungen kontrollieren, und nicht umgekehrt, und sie sind es, die die Wirtschaftsplanung für mehr als ein Land durchführen oder beeinflussen – allerdings ihre eigene Art von Planung. Verstaatlichung wird dann fast bedeutungslos in einem einzelnen Land oder Industriebereich, da sie leicht unwirksam gemacht werden kann durch eine Übersiedlung der Produktion, der Finanzquellen und des technischen Wissens in irgendeine andere Weltgegend. Programme für einen auf ein Einzelland beschränkten Kampf gegen den Kapitalismus heissen dann, einen falschen Baum anzubellen; und die Beständigkeit der politischen Souveränität von Nationen wird absurd, wenn die wirtschaftliche Souveränität jeder einzelnen verlorengegangen ist.

Zudem beherrschen die Multinationalen die Produktion und Verteilung industrieller Güter wie auch die Aufschliessung natürlicher Hilfsquellen in den Ländern neuer Industrieentwicklung. Selbst wenn sich diese dazu entschliessen, die vom Auslandskapital beherrschten Industrien zu nationalisieren, bleiben diese meist auf lange Zeit von den technologischen und kommerziellen Einrichtungen der Multinationalen abhängig. All dies unterscheidet sich wesentlich von den überkommenen Voraussetzungen sozialdemokratischer Bewegungen.

Ähnliches gilt von dem Erscheinen einer «Stagflation» und einer «Slumpflation», eines neuen Typus von industrieller Reservearmee, der nicht nur aus ungelernten Arbeitern besteht, sondern auch aus sehr geschulten Arbeitern, Spezialisten und Wissenschaftern, deren Wissen überholt worden ist – ein ständiger und rascher Vorgang in unserer Periode. Dies geschieht gleichzeitig mit einer internationalen, strukturellen Inflation, die wenigstens zum Teil durch den gewaltigen Kapitalbedarf und -aufwand der Multinationalen verursacht wird; denn ihre Manager glauben unweigerlich an ein ständiges Wachstum inmitten einer stets komplizierten, kapitalintensiven Technologie. Zum grossen Teil besitzen freilich die Multinationalen den Zusammenhang und die Markteinflusskraft, um die erforderliche Finanzierung hauptsächlich aus wachsenden Preisen und Gewinnen zu bestreiten. Fixe Kosten und Regien überholen an Bedeutung die Kosten der Arbeitskraft, besonders wenn die Produktion nach Ländern mit niedrigen Löhnen und Steuern verlegt werden kann; selbst wenn dies nicht möglich ist oder wenn die Nachfrage nachlässt, können die Multinationalen oft die Preise erhöhen, denn die Politik ständiger Investition und Erweiterung muss nach Ansicht ihrer Geschäftsleitungen weitergehen. Warum sie sich in dieser Weise verhalten? Vermutlich weil der Status und die Macht von ständigem Wachstum des Unternehmens abhängen. Die entscheidende Frage im Wirtschaftssystem unserer Zeit betrifft daher das Auswahlprinzip und die dementsprechende Motivierung

der Geschäftsführer: Sollen sie gemäss einem Erbrecht, dem Eigentum, dem politischen Einfluss, der Schulung und Erfahrung oder der allgemeinen Geisteshaltung auserkoren werden?

Gegenüber dieser ganzen Fragestellung haben sich viele sozialdemokratische Bewegungen zunächst in einer verblüfften und hilflosen Weise verhalten. Ihre gewohnten Verbündeten, die Gewerkschaften, haben einen Sisyphuskampf gegen die strukturelle Inflation und die Investitions- und Preispolitik der Multinationalen, die viel dazu beigetragen haben, geführt. Die Keynesische Währungs- und Fiskalpolitik, die von diesen Gruppen mit einiger Verspätung entdeckt wurde, und die antizyklische Wirtschaftspolitik im allgemeinen könnten in unserer Zeit nur durch eine kombinierte Geschäftsführung aller Multinationalen oder aber durch eine kombinierte Bemühung aller wirtschaftlich wichtigen Staaten mit Erfolg durchgeführt werden, nicht durch diese oder jene Einzelregierung. Wir können hier nicht die Frage erörtern, wohin die Multinationalen auf lange Sicht wirklich hinsteuern oder hintreiben und wohin ihre fortgesetzte Expansion sie und die Gesellschaft zuletzt führen würde. Gewiss ist, dass von sozialdemokratischer Seite bisher diese Fragen kaum noch auf theoretischer Ebene und fast gar nicht auf der Ebene einer wirksamen internationalen Aktion angepackt worden sind⁶.

Sozialdemokratie als allgemeine Geisteshaltung

Wenn man versucht, die bisher erörterten Einflüsse und Fragen zusammenzufassen, dann scheinen die folgenden Allgemeinzüge des demokratischen Sozialismus in seiner gegenwärtigen Verfassung vorzuliegen. Anstatt einer permanenten Liste gewünschter Massnahmen in Wirtschaft und Gesellschaft liegt eine grundlegende Einstellung ihnen gegenüber vor, die zu verschiedenen Zeiten auf verschiedene Weise in die Praxis umgesetzt werden kann. Worauf es hier ankommt, ist, mit anderen Worten, nicht diese oder jene Liste ständig geforderter Massnahmen, sondern die zugrundeliegende Geisteshaltung im allgemeinen. Dementsprechend wird demokratischer Sozialismus als ein gesellschaftlicher Zustand im Sinne einer geschichtlichen Möglichkeit, nicht als eine objektive Notwendigkeit oder ein Gesetz der Gesellschaftsentwicklung ausgelegt.

In diesem Sinne handelt es sich hier um eine «Utopie», eine Bezeichnung, die natürlich nicht zu bedeuten braucht, dass dieses Ziel nicht erreicht werden könne, sondern bloss, dass ein kollektiver Wunsch, Wille und Akt erforderlich ist, um es zu verwirklichen. Die Technologie kann

⁶ United Nations: «Multinational Corporations in World Development» (New York 1973). Charles Levinson: «Capital, Inflation and Multinationals» (London 1971). Ernst Piehl: «Internationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung» (Frankfurt 1974). International Labour Office: «Multinational Enterprises and Social Policy» (Genf 1973).

dies objektiv erleichtern, aber die häufig ausgedrückte Erwartung, materieller Überfluss als solcher werde die Menschen friedfertiger und «rationeller» machen, sieht im Lichte sowohl der internationalen Erfahrungen wie auch der psychologischen Forschungen der letzten Jahrzehnte sehr zweifelhaft aus. Eine höhere Lebenshaltung erzeugt gewöhnlich erhöhte Aspirationen; der Appetit kommt beim Essen. Die Hoffnung, dass das Ende des Mangels an Gütern gesteigerte Solidaritätsgefühle bringen werde, kann durchaus unrealistisch sein, ausser wenn sie normativ gemeint ist, also als ein Wunsch nach einer erleichterten Verbreitung des demokratischen Sozialismus als einer allgemeinen Geisteshaltung in der Zukunft. Konkret wird meist erwartet, dass eine solche Geisteshaltung sich auf folgenden Gebieten bekunden werde:

a) *Solidarität im Gesellschaftsleben* anstatt eines rücksichtslosen Individualismus. Ursprünglich richtete sich der Ruf nach Solidarität ausschliesslich an die Proletarier in ihrem Klassenkampf, und dieses Element einer Solidarität aller Duldenden ist auch heute im demokratischen Sozialismus vorhanden; aber das Solidaritätsstreben erstreckt sich jetzt meist auf viel weitere Schichten, im Grunde alle, die nicht auf eine schrankenlose Selbstsucht, Unterdrückung oder Ausbeutung eingeschworen sind.

b) *Soziale Gerechtigkeit*, im Sinne einer Hilfe an diejenigen Personen und Gruppen, die trotz individueller Bemühung durch ihre Herkunft und Erziehungslücken, durch Alter oder Krankheit oder durch ethnische und andere Vorurteile in einer gegebenen Gesellschaft so stark benachteiligt werden, dass sie nicht auf eigenen Beinen stehen können.

c) «*Wohlfahrt*», nicht bloss im Sinne der Wohltätigkeit oder sogar der sozialen Fürsorge, sondern als ein Gefühl öffentlicher Verantwortung für die Schaffung und Erhaltung einer wirtschaftlichen, rechtlichen und psychologischen Umgebung, die einen Allgemeinzustand des Wohlbefindens verspricht.

d) *Gleichheit*, nicht im Sinne einer völligen Gleichmachung der Vermögens- und Einkommensniveaus der Tüchtigen und der weniger Tüchtigen, der Fleissigen und der Faulen, der Geschulten und der Ungeschulten, der Alten und der Jungen und so weiter; wohl aber erstens im Sinne einer Gleichheit der Chancen, also der objektiven Ausgangspunkte der einzelnen bei der Entwicklung ihrer gesellschaftlichen Rolle, und zweitens im Sinne einer Glättung extremer und ungerechtfertigter Ungleichheiten, besonders derjenigen, die sich aus vergangenen oder gegenwärtigen Gruppenvorrechten ergeben. Manche Sozialdemokraten ziehen es nunmehr vor, einen Leistungssozialismus gegenüber einem Nivellierungssozialismus zu betonen⁷.

⁷ Fritz Klenner: «Sozialismus in der Sackgasse?» (Wien 1974), S. 405.

e) *Öffentliche Bildungsmöglichkeiten*, die unter gleichen Bedingungen der breiten Masse zugänglich gemacht werden und die durch Bildungsreformen angeregt werden, die auf eine Schulung von Lehrer und Schüler zur verantwortungsbewussten Zusammenarbeit ausgerichtet sind. Zugleich eine kulturelle Entwicklung allgemeinerer Art mit erweiterten Gelegenheiten für eine Beteiligung zahlreicher Menschen am intellektuellen und künstlerischen Leben.

f) *Freiheit*, vor allem im Sinne der Freiheit des Wortes und des intellektuellen Ausdrucks, seien sie noch so unorthodox; unbehinderte Wahlen und politische Tätigkeiten, mit verlässlicher Überwachung der praktischen Einhaltung der Freiheit als Funktion des Parlaments und der Gerichte.

g) *Ethische Auffassung sozialer Fragen*, einschliesslich der Beseitigung von Nepotismus und Korruption, klare Hemmschuhe für die Machtambitionen von Führungsgestalten in Wirtschaft und Politik und ethische Massstäbe in der öffentlichen Einkommens- und Vermögenspolitik.

h) *Friede und internationale Zusammenarbeit*, seit langem ein erklärtes sozialdemokratisches Ziel, das allerdings bei einer Regierungsrolle nicht immer systematisch beobachtet worden ist. Jedenfalls begegnet hier der früher erwähnte Internationalismus einer seiner praktischen Proben, etwa wenn es sich um die Erfordernisse einer echt nichtaggressiven und doch wirksamen Verteidigung im Alter einer fortgeschrittenen Technologie handelt. Im allgemeinen wird Sozialdemokratie nicht mit Pazifismus gleichgesetzt, obwohl es gewisse Berührungspunkte gibt.

Die konkreten Anwendungen der Sozialdemokratie als allgemeine Geisteshaltung überschneiden sich an verschiedenen Stellen mit den Zielen anderer fortschrittlicher Strömungen, aber es ist die Kombination und Intensität der Bestandteile dieser Geisteshaltung, die die Sozialdemokratie kennzeichnen.